

Landesplanung . . .

Fortsetzung von Seite 7

■ Die Genehmigung von Braunkohlenplänen durch die Landesregierung wird nur erteilt, wenn sie die Erfordernisse des Umweltschutzes und damit auch der Wasserwirtschaft berücksichtigen.

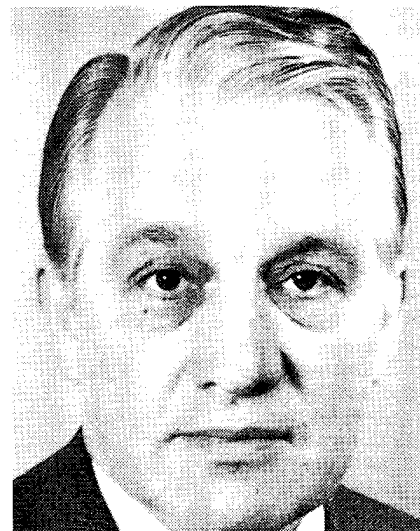
Nach wie vor habe das Ministerium keine Exemplare der Ausarbeitung des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft Düsseldorf im Hause, sagte Ebert. Johannes Kaptain (CDU) bedankte sich für die Klarstellung und setzte sich dafür ein, daß diese auch nach außen deutlich gemacht werden müsse. Es sei dringend notwendig, im Interesse der Braunkohlenplanungen auf ein koordiniertes Tätigwerden der zuständigen Regierungspräsidenten hinzuwirken und für klare Verhältnisse zu sorgen. Er habe zuweilen den Eindruck, daß zwischen den beteiligten Regierungspräsidenten ein Wettbewerb darüber stattfinde, wer über die beste Kompetenz verfüge. Das Ergebnis dieses Wettbewerbs sei es allerdings, daß der Braunkohlenaussschuß in Schwierigkeiten gerate, und Braunkohlenpläne angesichts der zu beobachtenden Panikmache hinsichtlich Versteppung und Verkarstung nicht mehr zu zu beschließen seien.

SPD-Sprecher Gerd Wendzinski erinnerte daran, daß dem Ausschuß bei der Beratung über das Abbaugelände Hambach I die Sorge um Eingriffe in die Landschaft bewußt gewesen sei, und man sich bemüht habe, die Probleme des Umweltschutzes und des natürlichen Wasserhaushalts im Griff zu behalten. Er habe inzwischen den Eindruck, daß der Regierungspräsident Düsseldorf, der für die Unruhe verantwortlich sei, sich als Staat im Staate fühle. Das Verhalten des Regierungspräsidenten, der sich über das Parlament stelle, werfe auch die Frage nach der Darstellung des parlamentarischen Systems nach außen auf. Die staatstragenden Parteien müßten daran interessiert sein, daß solche Vorgänge nicht dazu führten, daß man den Kräften zuspiele, die unser System in Frage stellten.

Stellvertretender Ausschußvorsitzender Horst Henning (SPD) stellte den Antrag, die Studie, auch wenn sie überholt sei, endlich zur Verfügung zu stellen. Denn so ganz überholt könne sie nicht sein, werde man doch in jeder öffentlichen Diskussion damit konfrontiert. Im übrigen könne man die Studie inzwischen auch käuflich mit unterschriebenem Vorwort des Regierungspräsidenten Düsseldorf erwerben. Johannes Pflug (SPD) zeigte sich verwundert darüber, daß der Regierungspräsident trotz Anweisung bislang ihm und weiteren Kollegen ein Exemplar nicht zugeleitet habe. Er sah darin eine Behinderung seiner parlamentarischen Arbeit. Ohne eine rechtliche Würdigung vornehmen zu wollen, fordere das Verhalten offensichtlich disziplinarrechtliche Maßnahmen heraus.

Dazu erklärte Staatssekretär Dr. Ebert, daß er die Ungewöhnlichkeit des Verfahrens nicht bestreiten könne. Minister Hans Otto Bäumer erklärte sich bereit, dem Ausschuß die Studie zur Verfügung zu stellen. Allerdings stellte er sich schützend vor seinen Amtsnachfolger und erklärte, er könne immer noch nicht glauben, daß da „Nickelichkeit“ eine Rolle spielen solle.

Porträt der Woche



Franz Riehemann (CDU)

„Familie – Beruf – Politik“, das ist die Rangfolge, mit der Franz Riehemann, Westfale vom Jahrgang 1921, Mitte der sechziger Jahre in die Politik gegangen ist.

Zwanzig Jahre nach seinem Eintritt in die CDU drängten ihn seine münsterländischen Parteifreunde, sich im Wahlkreis 95 Steinfurt I–Coesfeld II als Direktkandidat für die sechsendechziger Landtagswahlen zur Verfügung zu stellen. Der Fallschirmjägeroffizier des Zweiten Weltkriegs hatte sich um die Kandidatur nicht beworben, aber er zierte sich auch nicht, sie anzunehmen, und die Wähler lohnten es ihm mit einer Fast-Zweidrittelmehrheit der Wahlkreisstimmen. Verantwortung für andere zu übernehmen, das war für ihn nichts Neues.

Mit zweiundzwanzig Jahren hatte er an der italienischen Front bei Monte Cassino miterleben müssen, daß seine Kompanie im wahrsten Sinne des Wortes aufgegeben wurde. Nur sieben von 87 Fallschirmjägern überstanden den Kampf um die Bergfestung lebend.

Nach einem Besuch des früheren Schlachtfeldes und der Soldatengräber in Nettuno im vergangenen Jahr bekannte er freimütig, daß ihn dieser befohlene Einsatz noch heute bedrückte. Seinen Dienst als Reserveoffizier der Bundeswehr will er folgerichtig nur als persönlichen Beitrag zur Sicherung des Friedens verstanden wissen.

Nach dem Einzug in den Landtag kümmerte er, der als Hotelier und Freibereiter den väterlichen Betrieb weiterführt, sich konsequenterweise um den Landtagsausschuß, der denjenigen auf die Finger und in die Bücher schauen sollte, die die Aufgabe haben, öffentliche Gelder zu verwalten und auszugeben. Riehemann wurde Mitglied des parlamentarischen Rechnungsprüfungsausschusses. Bereits vier Jahre später schlug ihn seine Fraktion für den Vorsitz dieses Gremiums vor und seither steht er, der von Wahl zu Wahl von seinen Westfalen als Direktkandidat bestätigt wurde, an der Spitze eben dieses Ausschusses, der sich nicht als parlamentarischer „Buchhalter-Klub“ versteht, sondern den Auftrag, die öffentlichen Ausgaben zu prüfen, sehr ernst nimmt.

Das Ansehen, das sich eben dieser Rechnungsprüfungsausschuß des Landtags unter Vorsitz von Franz Riehemann nicht nur im Parlament selbst, sondern auch bei der Ministerialbürokratie und dem Landesrechnungshof erworben hat, läßt sich nicht unmißverständlich charakterisieren als durch den Stoßseufzer eines Haushaltsexperten

der Landesregierung: „Den Riehemännern“ – so der Ministeriale – „läßt sich längst nicht mehr ein X für ein U vormachen!“

Dennoch geben sich Riehemann und seine Landtagskollegen im Ausschuß – unbeschadet ihrer politischen Couleure – mit dem Erfolg der Prüfungsarbeit nicht zufrieden. Sie möchten für ihren Aufgabenbereich endlich jenen bundesweiten Erfahrungsaustausch mit den Kollegen der Rechnungsprüfungsausschüsse anderer Bundesländer, aber auch des europäischen Auslandes erreichen, der für andere Parlamentsausschüsse längst gang und gäbe ist. Nur eben – weder das Landtagspräsidium noch der Landesrechnungshof, von der Landesregierung ganz zu schweigen, zeigen ein dringliches Interesse daran, den Rechnungsprüfern die Chance einzuräumen, Erfahrungen auszutauschen und damit vielleicht Prüfmöglichkeiten zu verbessern oder zu verfeinern. Nur eben was für Düsseldorf gilt, ließe sich auch aus anderen Landeshauptstädten berichten. Riehemann gibt dennoch nicht auf. Die Auszeichnung mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik ist für den Mann, der einmal für seine persönliche Tapferkeit mit dem Deutschen Kreuz in Gold ausgezeichnet worden war, nur ein Ansporn, unbeirrt weiterzumachen! Wenn ihn die Abgeordnetenpflicht entschuldigt, steht er im Familienbetrieb seinen Mann. Das Gespräch mit den Gästen, mit seinen Parteifreunden, aber auch der Austausch der Argumente mit seinen parteipolitischen Gegnern, vor allem aber das Gespräch mit der Jugend, das er bewußt immer wieder sucht, sind für ihn die Rückkoppelung seines parlamentarischen Auftrags. Franz Riehemann will für die Erfüllung seines parlamentarischen Mandats wissen, was „vor Ort Sache ist“!

Karl Fischer-Reichenberg